

Zeitschrift: Zoom : Zeitschrift für Film
Herausgeber: Katholischer Mediendienst ; Evangelischer Mediendienst
Band: 41 (1989)
Heft: 23

Artikel: Für eine gerechtere Kommunikation
Autor: Jaeggi, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-931575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Urs Jaeggi

Für eine gerechtere Kommunikation

Die Weltvereinigung für christliche Kommunikation, die World Association for Christian Communication (WACC), hat in der philippinischen Hauptstadt Manila ihren ersten globalen Kongress abgehalten. An die 500 Teilnehmer aus 80 Nationen beschäftigten sich in verschiedenen Arbeitsgruppen mit dem Thema «Kommunikation für die Gemeinschaft», wobei vor allem das Nord-Süd-Gefälle im Kommunikationsbereich und die zunehmende Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen in den Medien zur Debatte standen. Aus der Fülle des Angebotes und der Ereignisse – zu denken ist hier vor allem an die dokumentierten Beispiele gelebter Kommunikation vielfältigster Art – greift ZOOM zwei Schwerpunkte heraus: die am WACC-Kongress neu belebte Forderung nach einer neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung sowie die «Manila-Deklaration» für eine gerechtere, menschlichere Kommunikation.

Über die Gründe, die schliesslich zur Streichung der New World Information and Communication Order (Neue Welt-Informations- und Kommunikationsordnung) von der Traktandenliste der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) geführt haben, herrscht heute Klarheit: Wirtschaftliche Interessen vorab jener industrialisierten Nationen, die in fast monopolartiger Weise über die Telekommunikations-Technologie verfügen und eine weltweite Kontrolle auch über die Programme, die sogenannte Software, ausüben, wogen schwerer als die Forderung nach einer gerechten, den wirklichen Bedürfnissen der einzelnen Völker entsprechenden Kommunikationsordnung.

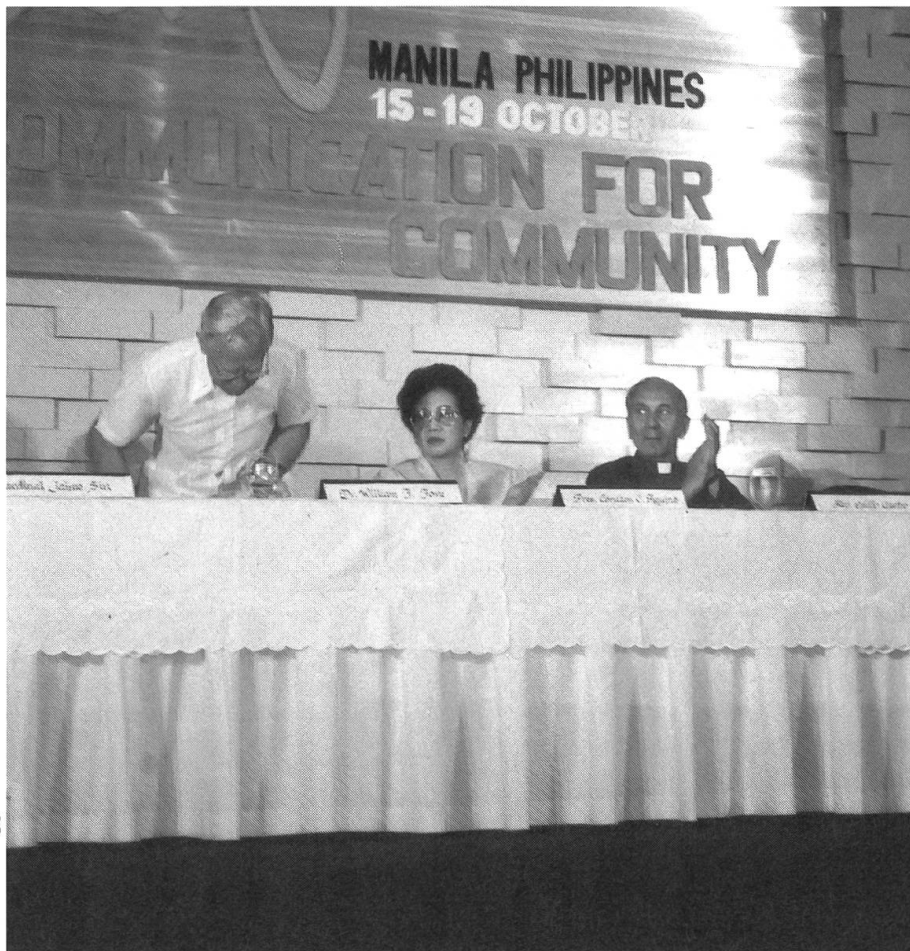
Auf Widerstand stiess bereits der Bericht «Many Voices – One World» der von der UNESCO eingesetzten Kommission unter der Leitung von Sean MacBride. Diese Studie vermittelte nicht nur einen hervorragenden Überblick über die weltweite Kommunikations-Situation, sondern forderte konsequent deren Veränderung, da sie durch eine eklatante und unannehmbare Dominanz der Industrieländer und multinationaler Konzerne gekennzeichnet sei und damit die Welt auch im Bereich der Kommunikation in arme und reiche Völker teile und entsprechende Abhängigkeiten schaffe. Die Kluft zwischen Nord und Süd ist eines der wesentlichen Spannungsfelder, mit denen sich der Bericht der Kommission MacBride auseinandersetzt. Es würden, steht gleich zu Beginn der Ausführungen zu lesen, zahlreiche Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene nötig sein, ehe die Mehrzahl der Entwicklungsländer in die Lage versetzt werde, an den neuen technischen Möglichkeiten im

Kommunikationswesen teilzuhaben. Die Staaten, in denen die neuen technologischen Entwicklungen ihren Ausgang nahmen, genossen weiterhin beachtliche Vorteile gegenüber Ländern, in denen die Entwicklung – behindert durch die Armut, die den Aufbau einer Kommunikations-Infrastruktur behindert – sich nur mühsam vollziehe.

Die Benachteiligung armer Länder im Kommunikationsbereich zu verringern, wurde zum eigentlichen Ziel der Kommission: Die Geschichte der Menschheit, erklärte Sean MacBride in der Einleitung zum Bericht, werde immer mehr zu einem Wettlauf zwischen Kommunikation und Katastrophe. Anders ausgedrückt: Sollte es nicht gelingen, die Kommunikation zur Mobilisierung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wichtigsten Weltprobleme und deren schrittweise Lösung durch gemeinsame Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene einzusetzen, käme dies einem Niedergang der Welt gleich.

Massiver Druck der Vereinigten Staaten

Das Missbehagen im Lager der westlichen Industrienationen nährte sich an der überzeugten Haltung der Kommission, dass dieser Wettlauf gegen die Katastrophe nur mit vereinten Kräften – das heisst in partnerschaftlicher Gleichberechtigung – zu gewinnen ist. Den Abbau der bestehenden Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte im Kommunikationsbereich, machte die Kommission zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und tangierte damit – wie bereits erwähnt – die massiven wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrienationen. Insbesondere die



Die Präsidentin der Philippinen, Corazon Aquino, bei der Eröffnung des WACC-Kongresses in Manila. Sie sprach sich dabei für die Unabhängigkeit der Medien aus.

UNESCO, den sie 1984 denn auch vollzogen.

Der Austritt der USA und später auch der Briten aus der UNESCO bedeutete gleichzeitig das Ende der Verhandlungen über eine mögliche Neue Welt-Informations- und Kommunikationsordnung. Unter dem Druck von Austrittsdrohungen weiterer westlich orientierter und mit den USA wirtschaftlich liierter Staaten wurde die New World Information and Communication Order von der Traktandenliste gestrichen. Erst in diesen Tagen wurde ein zaghafter Versuch unternommen, das Thema wieder zu traktandieren.

Verfestigung der bestehenden Verhältnisse

Mit der Streichung des Programms XIII (Kommunikation) der UNESCO wurde der Neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung der politische Rückhalt entzogen. Für die Entwicklungsländer bedeutete dies, weiterhin mit der Ungleichheit im Kommunikations-Sektor leben zu müssen und in der Abhängigkeit von den Industrienationen zu verbleiben. Diese wiederum nutzten ihre Befreiung von sämtlichen Verpflichtungen gegenüber der UNESCO dazu, ihre Vormachtstellung auf diesem Gebiet auszubauen. Heute stehen wir vor der Tatsache, dass die Kluft im Kommunikationsbereich zwischen den reichen Ländern der Ersten Welt und den armen Nationen der Dritten Welt grösser ist als je zuvor. Daran ändert nichts, dass es einigen

Forderung nach einer Veränderung der zur Zeit bestehenden Besitzverhältnisse als Grundlage für eine Neue Welt-Informations- und Kommunikationsordnung erschien vielen westlichen Staaten und im Kommunikations-Sektor tätigen multinationalen Konzernen störend. Die Kommission MacBride geriet unter Beschuss, noch ehe deren wichtige Erkenntnisse gebührend gewertet und diskutiert wurden. In der Schweiz beispielsweise wurde der Bericht «Many Voices – One World» von der Presse nur partiell behandelt oder gar totgeschwiegen.

Die Tatsache, dass die UNESCO mit ihren Bemühungen um die Schaffung einer New World Information and Communication Order zu einem zentralen Ort der Opposition gegen die herrschenden Machtverhältnisse im Kommu-

nikations-Sektor wurde, hat den Vereinigten Staaten und den mit ihnen wirtschaftlich verbundenen Nationen von Anfang an Unbehagen bereitet. Sie sahen ihre massiven Interessen im Bereich der Kommunikationstechnologie und der Telekommunikation sowie der Herstellung und Verbreitung von Programmen erheblich gefährdet: dies umso mehr, als die Länder der Dritten Welt im Verein mit den Ostblockstaaten in der UNESCO eine Mehrheit bilden können.

Als die Amerikaner erkannten, dass in diesem Gremium der Widerstand gegen die herkömmliche Kommunikationsordnung, die ihnen und einigen wenigen andern hochindustrialisierten Staaten praktisch ein weltweites Monopol zusicherte, immer stärker wurde, zogen sie die Konsequenzen: Sie drohten mit dem Austritt aus der

Schwellenländern gelungen ist, mit der technologischen Entwicklung mitzuhalten.

Verfestigt haben sich auch die Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse, dies sowohl im technologischen wie auch im programmlichen Bereich. Der Zugang zur modernen Satellitentechnologie, die beispielsweise für die Telekommunikation in grossflächigen oder topographisch schwierigen Ländern der Dritten Welt von grosser Bedeutung ist, führt heute nach wie vor über die mächtigsten Industrienationen. Einzig Indien versucht mit grossen Anstrengungen – aber kaum mit durchschlagendem Erfolg – sich auf diesem Gebiet eine gewisse Unabhängigkeit von den grossen Machtblöcken der Welt zu bewahren. Dass der Rückstand der Dritten Welt in der Telekommunikation immer grösser wird, wurde übrigens auch am Weltkommunikations-

tag der International Telecommunications Union (ITU) im Mai 1988 festgehalten. Diese 1865 in Paris gegründete Organisation befasst sich heute unter anderem auch mit der Planung, Durchführung und Überwachung von Projekten zur Verbesserung der Fernmelde-Infrastruktur in Entwicklungsländern.

Immer weniger, dafür immer mächtigere multinationale Konzerne kontrollieren nicht nur die Kommunikations-Technologie, sondern auch die mit ihnen transportierten Daten. Der freie Fluss der Informationen (free flow of information) fliesst einseitiger als jemals zuvor. Das gilt nach wie vor auch für den News-Bereich, obschon in den letzten Jahren in einigen Entwicklungsländern grosse Anstrengungen unternommen wurden, eigene Nachrichtenagenturen zu betreiben, um zumindest die eigenen Informa-

tionsbedürfnisse einigermaßen vernünftig abdecken zu können.

Zum einseitigen Fluss der Informationen gehört auch die Überflutung der Entwicklungsländer mit audiovisuellem Material. (Unter diesem Begriff, der nur zu deutlich aufzeigt, dass ursprünglich kulturelles und künstlerisches Gut mehr und mehr blossen Warencharakter bekommt, werden heute

Kommunikation als Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Dasein: Die Fischer vom Lake Laguna orientieren sich mit einer einfachen, leichtverständlichen Zeitung über die zunehmende Zerstörung des Sees durch die Industrialisierung und Tourismusprojekte. Diese Information bildet die Grundlage für den Kampf gegen die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage.



Bild: Urs Jaeggi

Film, Fernsehsendungen und Videos gehandelt.) Vor allem eine gigantische Unterhaltungs- und Zerstreuungsindustrie, die wiederum in den Händen weniger multinationaler Konzerne ist, trägt zur Verbreitung fragwürdiger und falscher Wertvorstellungen und zur Zerstörung eigener kultureller Identitäten bei.

Leider viel zu wenig bekannt ist, dass der Nachrichtenaustausch und die Distribution von audiovisuellem Material für das Fernsehen, den Videomarkt und das Kino nur einen sehr bescheidenen Anteil – man rechnet etwa mit fünf bis zehn Prozent – am internationalen Datenfluss haben. Die Telekommunikation vermittelt hauptsächlich Daten wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Natur, Daten also für den Handel, das Banking, die Industrie, den Technologietransfer, die Forschung usw. Hier ist der Rückstand der Entwicklungsländer auf die grossen Industrienationen noch weit grösser als im Informationsbereich, und der Austausch der Daten funktioniert noch einseitiger. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als viele Länder der Dritten Welt von wichtigen handelspolitischen Entscheidungen oder technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen zum vornherein ausgeschlossen werden.

Die Verantwortung der WACC und der christlichen Kirchen

Eine Entwicklung im Kommunikationsbereich, die Ungerechtigkeiten schafft, indem die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt in den Händen nur weniger Privilegierter liegt, und welche die soziale Kluft zwischen Nord und Süd noch zusätzlich verschärft, kann nicht

im Sinne der christlichen Kirchen sein. Dies wurde in der WACC sehr früh erkannt. Deshalb fanden die Bemühungen der UNESCO für eine New World Information and Communication Order in ihren Reihen immer eine breite Unterstützung. Wenn nun die Enttäuschung über deren Nichtzustandekommen auch gross ist, bedeutet das noch lange nicht, dass die Realisierung der darin enthaltenen Vorschläge für eine gerechtere Kommunikation nicht weiterhin angestrebt werden sollen. Die WACC anerkennt deshalb die folgenden Grundgedanken einer Neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung auch in Zukunft:

- Die Informationsfreiheit soll nicht als hierarchisches Prinzip verstanden werden, nach dem eine Gruppe von wenigen Privilegierten dem Grossteil der Bevölkerung Informationen von oben nach unten gibt. Kommunikation soll vielmehr ein Prozess in zwei Richtungen, also ein demokratischer Dialog sein. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Infragestellung des heute einseitig von Nord nach Süd fliessenden Informationsflusses.
- Der Zugang zu den Medien, d. h. auch zu den modernen Medientechnologien, soll für alle Staaten gewährleistet sein. Die Verfügungsgewalt über die Medien soll in den Händen der einzelnen souveränen Nationen liegen. Diese Forderung fusst auf der Erkenntnis, dass der Zugang zu und die Verfügungsgewalt über die Medien die Kluft zwischen Nord und Süd verringert.
- Die Technologie soll sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Das technologische Prinzip, nach

dem alles technologisch Machbare auch realisiert werden muss, darf nicht mehr Leitgedanke der künftigen Medienentwicklung sein. Vielmehr soll die Technologie den effektiven Bedürfnissen eines jeden Staates angepasst und die Einflüsse von aussen auf ein Minimum beschränkt werden.

- Die Souveränität der einzelnen Staaten soll gewährleistet sein. (Man wird sich allerdings bewusst sein müssen, dass dieses Postulat zu einem Konflikt zwischen der Anerkennung eines wirklich funktionierenden free flow of information und des staatlichen Souveränitätsanspruches führen kann, die beide völkerrechtlich verankert sind.

Für die WACC ergeben sich aus diesen Grundforderungen gerade im Hinblick auf die Entwicklungsländer noch einige zusätzlich zu berücksichtigende Aspekte:

- Die einzelnen Länder bedürfen einer nationalen, den eigenen Bedürfnissen angepassten Kommunikationspolitik, die auf die kulturellen und sozialen Realitäten Rücksicht nimmt.
- Es ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsplanung und Kommunikationsplanung anzustreben. Entwicklung und Kommunikation dürfen voneinander nicht getrennt werden und brauchen eine gemeinsame Strategie.
- Die Herausforderung der modernen Kommunikationstechnologien und der Telekommunikation müssen angenommen und in die Planung einbezogen werden. Die Konsequenzen für die Entwicklung, das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Wachstum sind zu berücksichtigen. Die Begleiterscheinungen

nungen für die Lebensweise der Bevölkerung, ihre Wertvorstellungen und die staatliche Souveränität müssen beachtet werden.

- Parallel zu Kommunikationspolitik muss eine nationale Kulturpolitik mit dem Ziel der Wahrung der eigenen kulturellen Identität entwickelt werden.
- Die Industrienationen und die transnationalen Gesellschaften müssen die Rechte der Entwicklungsländer anerkennen und deren Zugang zu den technischen Daten und Strukturen ermöglichen sowie den Informationstransfer fördern.

Wenn die christlichen Kirchen und mit ihnen die WACC die Verantwortung für eine gerechte, den Bedürfnissen der Menschen entsprechende und somit humane Kommunikationsordnung wahrnehmen wollen, stellt sich die Frage nach der Strategie. Die Kirchen haben keine politische Macht im eigentlichen Sinne, können

KURZ NOTIERT

Warum nicht ZOOM schenken?

Vierundzwanzigmal orientiert ZOOM auch im nächsten Jahr zuverlässig und kompetent über alles Wesentliche, was in der Film- und Medienszene geschieht. Die für Filmfans und Medieninteressierte unerlässliche Zeitschrift lässt sich nicht nur lesen, sondern auch verschenken – zum Beispiel zu Weihnachten. Geschenkabonnements vermitteln gerne die Firma Stämpfli + Cie AG, Halterstrasse 7, 3012 Bern (Tel. 031/27 66 66, Administration verlangen) oder die Redaktionen in Bern und Zürich.

aber indirekt einen gewissen Einfluss ausüben, wenn sie entsprechende Kanäle finden. Die UNESCO war ein solcher Kanal, der es der WACC ermöglichte, neben der Projektförderung auch eine globale, die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zumindest berücksichtigende Kommunikationspolitik zu betreiben. Nachdem diese Möglichkeit praktisch nicht mehr besteht, muss eine neue politische Einfluss-Sphäre gefunden werden, um den Grundanliegen der Neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung zum Durchbruch zu verhelfen.

UNCTAD: eine neue Alternative

So wenig wie die WACC die Probleme um die weltweite Kommunikation verdrängen kann, so wenig können das realistischerweise auch die Vereinten Nationen (UNO). Dass die Dritte Welt in den Bereichen der Telekommunikation und der Medien völlig einseitig abhängig, technisch und wirtschaftlich ausgeliefert und kulturell gefährdet ist, kann ihr letztlich nicht gleichgültig sein. Dass vier Fünftel der Weltbevölkerung im internationalen Informationsfluss als untergeordnete Grösse behandelt werden, ist schlicht unzumutbar. Es liegt im Interesse der Völkergemeinschaft – und durchaus auch kleinerer westlicher Nationen wie zum Beispiel der Schweiz, die etwa das im MacBride-Bericht postulierte Recht der Zeugnisverweigerung für Journalisten noch immer nicht eingeführt hat –, dass zumindest bestimmte Anliegen der neuen Kommunikationsordnung in andere Tätigkeitsbereiche der UNO umgelagert werden.

Nachdem die Konferenz für

Handel und Entwicklung der UNO (UNCTAD) erkannt hat, dass weltweiter Handel nicht nur mit Gütern (Rohstoffe und Industrieprodukte), sondern auch mit kommerziellen Dienstleistungen [trade in services] betrieben wird und deshalb diesem Bereich in Zukunft auch im Hinblick auf die Entwicklung der Länder in der Dritten Welt mehr Aufmerksamkeit schenken will, eröffnen sich hier in der Tat neue Möglichkeiten. In ihrem «Report Concerning UNCTAD VII and Communication Technology», den Virginia A. Leary, Professorin des Rechts an der State University of New York in Buffalo, im Auftrag der WACC, der Lutheran World Federation (LWF) und des Weltkirchenrates verfasst hat, wird dies bestätigt. Telekommunikation und Kommunikationspolitik im Zusammenhang mit Entwicklung, schreibt sie, würden inskünftig Gegenstand von Diskussionen in der UNCTAD sein. Dies werde vermutlich eher im Kontext der kommerziellen Dienstleistungen als im Bereich des Technologie-Transfers [transfer of technology] geschehen.

Eine Chance für die WACC

Es scheint in der Tat, dass innerhalb der UNCTAD über die Problematik der weltweiten Kommunikationspolitik auch in bezug auf die Entwicklungsländer offener gesprochen werden kann als in der UNESCO. Der Grund dafür ist, dass Reizbegriffe wie «New World Information and Communication Order» sorgsam vermieden werden und Telekommunikation und Telematik nicht für sich allein, sondern im Rahmen der kommerziellen Dienstleistungen als Teilbereich behandelt werden. Westliche Staaten und insbesondere die USA sind be-

reit, die Rolle der UNCTAD im Bereich der kommerziellen Dienstleistungen auch in bezug auf die Entwicklung von Ländern der Dritten Welt zu akzeptieren. Die Zeichen stehen gut, dass innerhalb der UNCTAD wirklich substantielle Arbeit im Sektor der Kommunikationspolitik geleistet werden kann. Dabei soll eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, aber auch mit Non Governmental Organizations (NGO's) angestrebt werden.

In ihrem Report unterbreitet deshalb Prof. Virginia A. Leary ihren Auftraggebern folgende Vorschläge:

- WACC, Lutherischer Weltbund und Weltkirchenrat sollen eine umfassende Studie über Entwicklung und Kommunikationspolitik in Auftrag geben und finanzieren, die als Grundlage für die zukünftigen Diskussionen dienen kann.
- WACC, Lutherischer Weltbund und Weltkirchenrat sollen einen Beobachter bestimmen, der sich mit den Fragen der Entwicklung und Kommunikation eingehend befasst und die Aktivitäten innerhalb internationaler Organisationen, vor allem aber der UNCTAD, aufmerksam verfolgt.
- Zu den Botschaftern der Entwicklungsländer in den Organisationen der UNO in Genf sollen in bezug auf Entwicklung und Kommunikationspolitik enge Kontakte gepflegt werden.

Im Hinblick auf eine gerechtere Kommunikationspolitik haben die christlichen Kirchen und die WACC meines Erachtens eine Strategie zu entwickeln, die zwei Ziele anstrebt:

Einerseits muss versucht werden, mit Einflussnahme auf die Politik den wesentlichen Anliegen der Neuen Welt-Infor-

mations- und Kommunikationsordnung und den Erkenntnissen des MacBride-Berichtes zum Durchbruch zu verhelfen. Für die Medien-Fachorganisationen und die Hilfswerke der Kirchen bedeutet diese Perspektive wahrscheinlich eine Umlagerung ihrer Reserven an Sachverstand und Geld. Christliches Engagement im Bereich der Telekommunikation und des weltweiten Informationsaustausches bedarf nicht nur der Formulierung einer klaren, vom Evangelium her bestimmten Kommunikationspolitik, sondern auch deren Bekanntmachung und Propagierung in einer breiten Öffentlichkeit.

Andererseits muss die Unterstützung und Mitfinanzierung einzelner Medienprojekte, wie dies im Rahmen der WACC geschieht, weitergeführt werden. Gerade in solch kleinräumigen Medienprojekten lebt die Idee einer New World Information and Communication Order weiter, sei es in Südafrika oder Südkorea, in Lateinamerika oder auf den Philippinen. Denn mehr und mehr hat sich gezeigt, dass Entwicklung, Verwirklichung von Menschenrechten und Bedürfnisbefriedigung mit Kommunikation zu tun haben, wie der Schweizer Theologe Michael Traber, Direktor bei der WACC in London, immer wieder betont. Dass dabei eine strenge Überprüfung der Medien-Entwicklungshilfe mit jährlich etwa 300 Projekten immer wieder zu erfolgen hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Strategisch wichtige Vorhaben, wie beispielsweise die unabhängige Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS) mit ihrer eindeutigen Süd-Nord-Ausrichtung, müssen inskünftig deutlich den Vortritt haben vor einer Vielzahl verstreuter Einzelprojekte, aber auch vor der Förderung zentralisierender Technologie. ■

Urs Meier

Die Manila-Deklaration

Leitlinien für die neunziger Jahre

Zum Abschluss des Kongresses der World Association for Christian Communication (WACC) wurde eine Grundsatzerklärung erarbeitet. Die «Manila Declaration» wendet die bisherigen Prinzipien der WACC auf die gegenwärtigen und zukünftigen Kommunikationsprobleme an. Der folgende Beitrag referiert und kommentiert das Dokument, von dem noch keine deutsche Übersetzung vorliegt.

«Kommunikation ist Gottes Gabe an die Menschheit», so ist der erste Abschnitt der Manila-Deklaration überschrieben. Daraus wird der Schluss gezogen, dass die Verantwortung für den Umgang mit Kommunikation an den Kern der Menschlichkeit rührt. Medien können genauso der Zerstörung humaner Werte dienen wie der Versöhnung und dem Frieden. Sie haben als Mittel der Kommunikation den Stellenwert von Grunderfordernissen für die Schaffung lebensfördernder Verhältnisse und sind somit den fundamentalen Bedürfnissen zuzuordnen wie Nahrung, Behausung und Gesundheitspflege. Die Manila-Deklaration betont, dass Massenmedien in der Verantwortung aller stehen und vor Manipulation und Missbrauch in Schutz genommen werden müssen.

Mit dieser Einleitung hat die an die WACC selber adressierte Erklärung die Thematik von